

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 19. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
§ 18 Die Aufrechnung	149
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	190
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	207
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	207
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	216
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	223
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	232
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	250
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	256
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	258
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	262
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	265
§ 32 Allgemeines	265
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	269

§ 34 Schutzpflichtverletzung	276
§ 35 Unmöglichkeit	277
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	286
§ 36 Gläubigerverzug	286
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	292
§ 38 Vertragsstrafe	303
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	309
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	309
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	315
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherträgen	329
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	329
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	346
8. Teil. Schadensrecht	373
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	373
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	376
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	379
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	397
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	403
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	411
§ 49 Grenzfälle	417
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	430
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	443
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	443
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	454
§ 53 Der Austausch des Schuldners	477
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldndern	484
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	499
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	499
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	504
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	506
D. Rücktritt	508
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	511
Paragrafenregister	515
Sachverzeichnis	525
Entscheidungsregister	537

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 19. Auflage	v
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	12
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	13
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	14
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
I. Das Zweite Buch des BGB	15
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	15
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	16
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	16
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRModG	18
V. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	18
VI. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	19
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	19
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	20
3. Die Grundrechte-Charta der EU	21
4. Aktuelle Entwicklungen	21
a) Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	21
b) Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	21
c) Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	23
1. UN-Kaufrecht	23
2. UNIDROIT Principles	23
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	24

II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	25
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	26
1. Allgemeines	26
2. Fallgruppen	27
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	27
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	27
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	28
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
I. Funktion und Bedeutung des § 242	30
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	31
1. Anwendungsbereich des § 242	32
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	33
a) Treu und Glauben	33
b) Verkehrssitte	33
III. Abgrenzung	34
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	34
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	34
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	34
IV. Fallgruppen des § 242	35
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	35
2. Schrankenfunktion	36
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	36
b) Unverhältnismäßigkeit	37
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	37
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	38
e) Widersprüchliches Verhalten	38
f) Verwirkung	39
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	40
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
I. Allgemeines	41
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	42
1. Abgrenzung	42
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	43
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	43
b) Schutzpflichten	43
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	44
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	46
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	46
2. Voraussetzungen	47
3. Rechtsfolgen	48
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	48
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	48
IV. Die Draufgabe	49
1. Funktion	49
2. Abgrenzungen	50
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	51
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	51
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	51
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	52
a) Grundlagen	52
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	53
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	54
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	54
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
I. Allgemeines	55
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	56

1. Schutzzweck	56
2. Anwendungsbereich des § 311b I	56
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	57
4. Divergenzfälle	58
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	58
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	59
5. Heilung des Formmangels	59
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	60
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	60
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	61
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRModG	61
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	62
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	62
2. Vertragsanbahnung	62
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	63
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	63
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	64
2. Schutz des Vermögens	64
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	64
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	65
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	67
1. Problemstellung	67
2. Dogmatische Einordnung	68
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	69
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	69
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	70
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	71
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	72
4. Rechtsfolgen	72
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	73
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	74
2. Fallgruppen	75
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	75
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	75
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	76
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
I. Allgemeines	77
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	77
1. Besonderes Schuldrecht	77
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	77
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	78
c) Unerlaubte Handlungen	79
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	79
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
I. Parteivereinbarung	81
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	81
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	81
a) Generelle Grenzen	81
b) Verträge über das künftige Vermögen	82
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	82
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	83
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	83
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	84
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	84
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	85

c) Bestimmung der Gegenleistung	85
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	85
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	86
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	86
b) Anfechtung der Bestimmung	87
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	87
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	87
III. Dispositives Recht	87
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
I. Art und Weise der Leistung	88
1. Teilleistung	88
a) Die Regelung des § 266	89
b) Rechtsfolgen	89
2. Leistung durch Dritte	89
a) Persönliche Leistungspflicht	89
b) Voraussetzungen des § 267	90
c) Rechtsfolgen	91
3. Ablösungsrecht des Dritten	91
II. Leistungsart	92
1. Begriff und Bedeutung	92
2. Arten der Schuld	92
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	93
4. Sonderregelung für Geldschulden	94
III. Leistungszeit	95
1. Begriffe	95
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	96
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	97
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
I. Überblick	98
II. Die Gattungsschuld	99
1. Allgemeines	99
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	100
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	100
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	100
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	100
4. Konkretisierung	101
a) Voraussetzungen	101
b) Rechtsfolgen	102
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	103
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	104
1. Wahlschuld	104
a) Praktische Bedeutung	104
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	105
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	105
d) Unmöglichkeit	105
2. Ersetzungsbefugnis	106
a) Allgemeines	106
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	106
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	107
3. Elektive Konkurrenz	108
IV. Geldschuld	108
1. Allgemeines	108
2. Erfüllung von Geldschulden	109
3. Besondere Arten der Geldschuld	110
a) Fremdwährungsschuld	110
b) Geldsortenschuld	110
4. Zinsen	111
a) Begriff	111
b) Entstehungsgründe	111

c) Höhe des Zinssatzes	111
d) Verbot des Zinseszinses	112
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
I. Aufwendungersatz	113
1. Der Begriff der Aufwendung	113
2. Allgemeine Regeln	114
II. Wegnahmerecht	115
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	116
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	116
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	117
a) Pflicht zur Rechenschaft	117
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	117
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	118
1. Grundlagen	118
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	118
a) Gegenseitige Ansprüche	118
b) Konnexität der Ansprüche	119
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	119
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	119
3. Sonderfälle	120
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	120
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369ff. HGB)	121
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	121
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	122
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	123
1. Grundgedanken	123
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	124
3. Rechtsfolgen	125
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	125
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
I. Einführung	126
II. Anwendungsbereich der §§ 305ff.	127
III. Begriffsbestimmung	128
IV. Einbeziehungskontrolle	129
1. Allgemeine Grundsätze	129
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	129
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	130
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	130
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	131
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	131
1. Überblick	131
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	132
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	132
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	132
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	133
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	134
4. Rechtsfolgen	134
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
I. Begriff	137
II. Person des Leistenden	137
III. Empfänger der Leistung	137
IV. Wirkung der Erfüllung	139
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	139
2. Beweislastumkehr	139
3. Quittung und Schulschein	139
4. Tilgungsreihenfolge	140

a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	140
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	141
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	141
V. Rechtsnatur der Erfüllung	142
1. Streitstand	142
2. Stellungnahme	143
VI. Leistung an Erfüllungen statt	144
1. Rechtsnatur	144
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	145
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	146
4. Gewährleistung	148
§ 18 Die Aufrechnung	149
I. Allgemeines	149
II. Voraussetzungen	150
1. Aufrechnungslage	150
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	150
b) Gleichartigkeit der Forderungen	150
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	151
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	151
2. Aufrechnungserklärung	152
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	152
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	152
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	153
III. Wirkung der Aufrechnung	154
IV. Mehrheit von Forderungen	154
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	155
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	155
a) Hinterlegungsgründe	155
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	156
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	156
3. Selbsthilfeverkauf	157
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	158
III. Novation und Konfusion	158
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	161
II. Erscheinungsformen	161
1. Verletzung von Leistungspflichten	162
a) Nichtleistung	162
b) Schlechteistung	162
2. Verletzung von Schutzpflichten	163
III. Das Leistungsstörungsrecht vor der Reform	163
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungsrechts	164
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	164
2. Die Grenzen des Konzepts	164
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	164
b) Das System der Schadensersatzansprüche	165
c) Das System der Rücktrittsrechte	166
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungsrecht als »Mischsystem«	166
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
I. Überblick	168
II. Echte Unmöglichkeit	168
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	168
a) Allgemeines	168
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	169
c) Zweckstörung	170

2. Rechtliche Unmöglichkeit	170
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	170
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	171
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	171
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	172
7. Vorübergehende Unmöglichkeit	172
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	174
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	174
1. Begriff	174
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	175
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	177
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	178
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	179
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	180
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
I. Begriff der Pflichtverletzung	183
II. Verzögerung der Leistung	183
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	184
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	185
III. Schlechteistung	185
1. Allgemeines	185
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	186
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechteistung	186
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	186
c) Die Rechte des Käufers	187
d) Besonderheiten bei der Verjährung	188
IV. Schutzpflichtverletzung	188
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	189
2. Würdigung	190
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	190
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	191
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	192
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	195
1. Vertrag	195
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	197
III. Haftung ohne Verschulden	198
1. Übernahme einer Garantie	198
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	200
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	201
1. Allgemeines	201
a) Struktur des § 278	201
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	201
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	202
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	203
a) Schulverhältnis	203
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	203
3. Rechtsfolgen	204

V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	206
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	207
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	207
I. Systematik	207
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	209
1. Schuldverhältnis	209
2. Pflichtverletzung	210
3. Vertretenmüssen	210
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	210
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	211
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	212
4. Schaden	212
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	213
1. Ausgangspunkt	213
2. Konkretisierungen	213
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	213
b) Zeitabhängige Betrachtung	214
c) Würdigung	214
3. Insbesondere: Kosten eines verfrühten Deckungskaufs	215
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	216
I. Anwendungsbereich	216
II. Fallgruppen	217
1. Verletzung von Schutzpflichten	217
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	217
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	218
2. Schlechtleistung	218
a) Allgemeines	218
b) Einzelfälle	219
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	221
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	222
III. Rechtsfolgen	222
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	223
I. Schuldnerverzug	223
II. Allgemeine Voraussetzungen	223
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	224
2. Mahnung	224
3. Vertretenmüssen	225
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	226
1. Leistungszeit nach dem Kalender	226
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	226
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	227
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	227
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	228
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	228
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	229
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	229
2. Weitere Rechtsfolgen	230
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	230
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	230
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	232
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	232
1. Allgemeines	232
2. Schuldverhältnis	233
3. Pflichtverletzung	233
a) Nichtleistung (Verzögerung)	233
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	234
c) Abgrenzungsprobleme	234
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	235
a) Inhalt der Fristsetzung	235

b)	Zeitpunkt der Fristsetzung	236
c)	Angemessenheit der Frist	236
5.	Entbehrlichkeit der Fristsetzung	237
a)	Ernsthafe und endgültige Leistungsverweigerung	237
b)	Besondere Gründe	238
c)	Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	239
6.	Abmahnung statt Fristsetzung	240
7.	Vertretenmüssen	240
8.	Schaden	241
9.	Rechtsfolgen	241
a)	Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	241
b)	Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	242
c)	Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	243
d)	Berechnung des kleinen Schadensatzes statt der Leistung	244
e)	Zuwenigleistung im Kaufrecht	244
f)	Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	245
II.	Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	245
1.	Allgemeines	245
2.	Grundelemente der Haftung	246
3.	Das Kriterium der Unzumutbarkeit	247
4.	Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	247
III.	Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	248
1.	Allgemeines	248
2.	Grundelemente der Haftung	248
3.	Funktion des § 283 S. 1	248
4.	Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	249
a)	Teilweise Unmöglichkeit	249
b)	Irreparable Schlechtleistung	249
c)	Rückforderung des Geleisteten	250
§ 28	Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	250
I.	Allgemeines	250
II.	Voraussetzungen	251
1.	Wirksamer Vertrag	251
2.	Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	253
3.	Vertretenmüssen	254
4.	Schaden	255
III.	Rechtsfolgen	255
1.	Schadensersatz statt der Leistung	255
2.	Schadensersatz statt der ganzen Leistung	255
3.	Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	256
§ 29	Berechnung des Schadensatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	256
I.	Differenz- und Surrogationstheorie	256
II.	Der praktische Vorrang der Differenztheorie	257
III.	Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	258
§ 30	Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	258
I.	Problemstellung	258
1.	Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	259
2.	Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	259
II.	Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungersatz	260
1.	Allgemeine Voraussetzungen	260
2.	Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	260
3.	Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	261
III.	Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	261
§ 31	Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	262
I.	Voraussetzungen	262
1.	Schuldverhältnis	262
2.	Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	263
3.	Erlangung eines Surrogats	263
4.	Identität von geschuldetem und ersetzttem Gegenstand	264

II. Rechtsfolgen	264
III. Konkurrenzen	264
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	265
§ 32 Allgemeines	265
I. Überblick	265
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	266
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	268
IV. Rücktritt und Schadensersatz	268
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	269
I. Anwendungsbereich	269
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	270
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	270
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	272
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechteistung	273
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	274
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	274
2. Annahmeverzug	275
VII. Rechtsfolgen	275
§ 34 Schutzpflichtverletzung	276
I. Voraussetzungen	276
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	276
§ 35 Unmöglichkeit	277
I. Anwendungsbereich	277
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	277
1. Grundsatz	277
2. Teilweise Unmöglichkeit	278
3. Irreparable Schlechteistung (qualitative Unmöglichkeit)	278
4. Abgrenzung	278
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	279
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	279
a) Allgemeines	279
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	280
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	280
2. Annahmeverzug	282
3. Rechtsfolgen	282
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	282
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	283
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	284
VI. Rücktritt	284
1. Irreparable Schlechteistung	284
2. Teilweise Unmöglichkeit	284
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	285
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	285
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	286
§ 36 Gläubigerverzug	286
I. Allgemeines	286
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	286
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	286
2. Ordnungsgemäßes Angebot	287
a) Notwendigkeit des Angebots	287
b) Entbehrlichkeit des Angebots	287
3. Nichtannahme der Leistung	288
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	289
1. Fortbestand der Leistungspflicht	289
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	289
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	289
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	291
5. Sonstige Rechtsfolgen	291
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	292

I.	Einführung	292
II.	Anwendungsbereich	293
1.	Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	293
2.	Vorrang spezieller gesetzlicher Regelungen	293
III.	Voraussetzungen	294
1.	Verliegen einer Geschäftsgrundlage	294
2.	Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	295
3.	Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	297
4.	Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	297
IV.	Rechtsfolgen	298
1.	Primär: »Anpassung des Vertrages«	298
2.	Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	299
V.	Fallgruppen	299
1.	Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	300
a)	Äquivalenzstörung	300
b)	Zweckstörung oder Zweckvereitelung	301
2.	Gemeinsame Fehlvorstellungen	301
§ 38	Vertragsstrafe	303
I.	Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	303
II.	Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	303
III.	Abgrenzungen	304
1.	Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	304
2.	Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	304
IV.	Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	304
1.	Wirksames Strafversprechen	304
2.	Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	305
3.	Eigene Vertragstreue des Gläubigers	306
V.	Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	306
VI.	Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	307
VII.	Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	308
6. Teil.	Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	309
§ 39	Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	309
I.	Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	309
II.	Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	310
1.	Problemstellung	310
2.	Wichtiger Grund	312
3.	Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	313
4.	Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	314
5.	Konkurrenzen	314
§ 40	Rücktritt vom Vertrag	315
I.	Allgemeines	315
1.	Voraussetzungen des Rücktritts	315
2.	Ausübung des Rücktrittsrechts	316
3.	Wirkungen des Rücktritts	316
4.	Sonderregeln	317
5.	Auswirkungen der Schuldrechtsreform	317
II.	Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	317
1.	Rückgewähr in natura	317
2.	Wertersatz	318
a)	Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	318
b)	Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	318
c)	Verschlechterung oder Untergang	318
d)	Berechnung des Wertersatzes	319
3.	Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	320
a)	Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	320
b)	Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	321
c)	Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	321

III.	Nutzungen und Verwendungen	323
1.	Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	323
2.	Ersatz von Verwendungen	324
a)	Notwendige Verwendungen	324
b)	Andere Aufwendungen	324
IV.	Der Anspruch auf Schadensersatz	325
1.	Problemstellung	325
2.	Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	325
3.	Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	326
a)	Vertragliches Rücktrittsrecht	326
b)	Gesetzliches Rücktrittsrecht	326
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherträgen		329
§ 41	Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	329
I.	Grundgedanken und Systematik	329
II.	Der Begriff des Verbrauchertrags	331
III.	Anwendungsbereich der §§ 312ff.	332
IV.	Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherträgen	333
1.	Informationspflichten des Unternehmers	333
a)	Telefonische Kontaktaufnahme	333
b)	Informationspflichten im stationären Handel	333
2.	Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	335
V.	Widerrufsrecht des Verbrauchers	336
1.	Überblick	336
2.	Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	337
a)	Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	337
b)	Widerrufsfrist und Belehrung	338
c)	Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	339
d)	Widerruf nichtiger Verträge	340
e)	Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	340
VI.	Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	341
1.	Verbundene Verträge	341
2.	Widerrufsdurchgriff	343
a)	Allgemeines	343
b)	Zusammenhängende Verträge	344
3.	Einwendungs durchgriff	345
§ 42	Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	346
I.	Überblick	346
II.	Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	347
1.	Begriff der Geschäftsräume	347
2.	Besondere Situation des Vertragsschlusses	347
a)	Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	347
b)	Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	348
c)	Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	348
d)	Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	348
3.	Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	349
4.	Entgeltliche Leistung und Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	349
III.	Fernabsatzverträge (§ 312c)	351
IV.	Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	351
V.	Widerrufsrecht des Verbrauchers	352
1.	Ausnahmen vom Widerrufsrecht	353
2.	Ausübung des Widerrufsrechts	354
3.	Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	355
a)	Frist zur Rückgewähr	355
b)	Modalitäten der Rückabwicklung	356
c)	Kosten der Rücksendung	357
d)	Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	357
e)	Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	359

4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	360
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	361
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	362
VII. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr	362
1. Allgemeine Pflichten	362
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	363
VIII. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	364
IX. Verträge über digitale Produkte	365
1. Überblick	365
2. Verbraucherverträge über digitale Produkte (Anwendungsbereich)	365
3. Bereitstellung digitaler Produkte	367
a) Dogmatische Einordnung	367
b) Leistungszeit	367
c) Begriff der Bereitstellung und Zeitpunkt der Erfüllung	367
4. Rechte des Verbrauchers bei unterbliebener Bereitstellung	368
5. Haftung des Unternehmers für Produkt- und Rechtsmängel	369
8. Teil. Schadensrecht	373
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	373
I. Die Funktion des Schadensersatzes	373
II. Der Grundsatz der Totalreparation	373
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	374
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	376
I. Begriff	376
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	376
III. Positives und negatives Interesse	378
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	379
I. Grundlagen	379
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	379
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	379
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	380
1. Äquivalenztheorie	380
a) Grundsatz	380
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	381
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	382
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	382
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	383
1. Adäquanz	383
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	383
b) Kritik	383
2. Schutzzweck der Norm	385
V. Hypothetische Kausalität	387
1. Problemstellung	387
2. Schadensanlage	387
3. Ersatzpflicht eines Dritten	388
4. Die sonstigen Fälle	388
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	389
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	390
1. Schockschäden	390
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	392
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	394
VIII. Vorteilsausgleichung	394
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	397
I. Grundsatz	397
II. Ausnahmen	397
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	397
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	397
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	397
III. Abgrenzungen	398

IV. Drittschadensliquidation	398
1. Allgemeines	398
2. Fallgruppen	399
a) Obligatorische Gefahrentlastung	400
b) Mittelbare Stellvertretung	401
c) Treuhandlerhältnisse	401
d) Obhut für fremde Sachen	402
e) Vertragliche Vereinbarung	402
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	403
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	403
1. Allgemeines	403
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	404
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	405
a) Sachschäden	405
b) Körperschäden	406
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	406
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	407
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	407
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	407
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	411
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	411
I. Historische Entwicklung	411
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	412
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	412
2. Rechtsgutsverletzung	412
III. Bemessung des Schmerzensgelds	414
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	414
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	414
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	415
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	415
1. Grundlagen	415
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	416
§ 49 Grenzfälle	417
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	417
1. Problemstellung	417
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	418
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	420
4. Höhe des Anspruchs	420
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	420
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	421
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	422
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	422
V. Urlaub und Freizeit	423
1. Problemstellung	423
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	424
3. Die Regelung des § 651 n II (§ 651f II aF)	424
4. Nutzlos vertane Freizeit	425
VI. Kindesunterhalt als Schaden	426
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	426
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	427
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	428
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	430
I. Allgemeines	430
1. Die Grundentscheidungen des § 254	430
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	430
b) Quotenteilungsprinzip	430
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	431
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	431
4. Anwendungsbereich des § 254	432

II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	433
1. Überblick	433
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	433
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	433
b) Obliegenheitsverletzung	433
c) Verschulden	434
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	435
3. Obliegenheit zur Schadensabwehrung oder Schadensminderung	436
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	437
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	437
III. Rechtsfolgen	439
IV. Handeln auf eigene Gefahr	439
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	440
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	440
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	441
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	443
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	443
I. Zweck	443
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	443
III. Dogmatische Einordnung	444
1. Kein eigener Vertragstyp	444
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	444
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	445
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	446
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	446
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	447
a) Dogmatische Einordnung	447
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungsrechten	447
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	448
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	448
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	449
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	450
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	450
1. Anweisung	450
2. Abtretung	451
3. Stellvertretung	451
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	452
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	452
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	452
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	453
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	454
I. Überblick	454
1. Problemstellung	454
2. Arten des Gläubigerwechsels	454
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff	455
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	455
1. Struktur der Abtretung	455
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	456
3. Abgrenzungen	457
a) Vertragsübernahme	457
b) Einziehungsermächtigung	457
III. Voraussetzungen der Abtretung	458
1. Vertrag	458
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	459
3. Bestimmbarkeit der Forderung	460
4. Übertragbarkeit der Forderung	461
a) Allgemeines	461
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	461

c) Vertragliches Abtretungsverbot	462
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	464
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	464
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	464
3. Pflichten des Altgläubigers	465
V. Der Schutz des Schuldners	465
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	465
a) Der Anwendungsbereich des § 404	466
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	467
2. Einwendungen aus der Abtretung	468
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	468
a) Problemstellung	468
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	469
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	469
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	470
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	471
b) Mehrfache Abtretung	472
c) Abtretungsanzeige	473
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	474
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	474
1. Sicherungszession	474
2. Inkassozession	475
VII. Die Legalzession	475
§ 53 Der Austausch des Schuldners	477
I. Überblick	477
II. Die privative Schuldübernahme	477
1. Voraussetzungen	477
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	477
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	478
c) Ausschluss der Schuldübernahme	479
2. Rechtsfolgen	479
a) Wechsel des Schuldners	479
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	479
c) Einwendungen des Übernehmers	480
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	481
III. Der Schuldbeitritt	482
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	482
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	482
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	483
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldndern	484
I. Gläubigermehrheiten	484
1. Überblick	484
2. Teilgläubigerschaft	484
a) Voraussetzungen	484
b) Rechtsfolgen	485
3. Gesamtgläubigerschaft	485
a) Voraussetzungen	485
b) Rechtsfolgen	486
4. Mitgläubigerschaft	486
II. Schuldnermehrheiten	487
1. Teilschuld	487
a) Voraussetzungen	487
b) Rechtsfolgen	488
2. Gesamtschuld	488
a) Voraussetzungen	489
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	491
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldndern	493
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	494
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	497

Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	499
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	499
I. Allgemeines	499
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	500
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	502
IV. Schadensersatz statt der Leistung	503
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	504
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	504
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	506
D. Rücktritt	508
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	511
Paragrafenregister	515
Sachverzeichnis	525
Entscheidungsregister	537